



# Forderungen zur Bundestagswahl 2025

GEMEINSAM BESSER  
METROPOLREGION  
RHEINLAND



# Zukunftsfestes Deutschland

Deutschlands Weg aus der Krise führt über eine starke Wirtschaft und handlungsfähige Kommunen. Neben den globalen Herausforderungen führt der ambitionierte Übergang hin zu einer klimagerechteren Wirtschaft zu einem enormen Transformationsstress, der sowohl zur wirtschaftlichen Schieflage als auch zum Vertrauensverlust gegenüber der Politik beiträgt.

Gerade im nordrhein-westfälischen Rheinland ist dies umfassend zu beobachten. Aktuell ist die Metropolregion Rheinland eine der wichtigsten Wirtschaftsregionen Deutschlands (BIP knapp 400 Mrd. EUR).

Als Teil einer historisch gewachsenen polyzentrischen Region mit energieintensiven Wirtschaftsstrukturen, ausgeprägten regionalen, deutschland- und weltweiten Wertschöpfungsverflechtungen sowie komplexen Verkehrsströmen, sehen sich die rheinischen Kommunen und Unternehmen angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen mit großen strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Hier ist eine gezielte Unterstützung auf bundespolitischer Ebene zwingend.

Aus Perspektive der Metropolregion Rheinland sind diesbezüglich insbesondere folgende Punkte zentral:

1. Energieversorgung dauerhaft sichern
2. Auf- und Ausbau von erforderlichen Energieinfrastrukturen beschleunigen, Standortqualitäten sichern
3. Wettbewerbsfähigkeit der transformationsintensiven Industrien wiederherstellen
4. Zukünftige Wertschöpfungspotentiale gezielt heben
5. Bessere und auskömmliche Finanzierung und schnellere Realisierung von Verkehrs-Infrastrukturmaßnahmen
6. ÖPNV durch mehr Regionalisierungs- und GVFG-Mittel stärken
7. Investitionsstau auf der Schiene auflösen
8. Vollumfängliche Planungsbeschleunigung auch für die Wasserstraße ermöglichen

## 1. Energieversorgung dauerhaft sichern

Die dauerhaft gesicherte Energieversorgung der rheinischen Industrie ist für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Rheinland überlebenswichtig. Neben einem Umbau der inländischen Energieerzeugung, wird auch der Import eine tragende Säule der Versorgungssicherheit darstellen. Hierzu braucht es:

- Ausrichtung der Kraftwerksstrategie an realen Strombedarfen, bedarfsgerechte Standortauswahl für die Kraftwerke und unverzügliche Ausschreibung der Kraftwerksleistung.
- Diversifizierung der Energieversorgung durch belastbare europäische und internationale Energiepartnerschaften.
- Schaffung von Rahmenbedingungen für den gesicherten Import von ausreichend und bezahlbarem Wasserstoff, auch in enger Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Belgien, da hier für das Rheinland besonders hohe Kooperationspotentiale bestehen.
- Aufbau einer strategischen Reserve an Wasserstoffderivaten, ähnlich den jetzigen Öl-Reserven.

## 2. Auf- und Ausbau von erforderlichen Energieinfrastrukturen beschleunigen, Standortqualitäten sichern

Mit der Energiewende gehen im Rheinland als Region mit einem Schwerpunkt in der Energieerzeugung auch massive Anpassungsbedarfe in den bestehenden Energieinfrastrukturen einher. Hier steht neben Speichermöglichkeiten vor allem ein bedarfsgerechter Aus- und Umbau von Transportleitungen v. a. für Strom und Wasserstoff im Vordergrund. Dazu benötigt das Rheinland:

- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte mit konkretem Bezug zur Dekarbonisierung der Wirtschaft.
- Strukturelle Entlastung für und bessere finanzielle Ausstattung von Kommunen, um sie zu befähigen, in die notwendigen Standortqualitäten zu investieren.
- Schaffung von Investitions- und Planungssicherheit durch einen geeigneten regulatorischen Rahmen für Wasserstoffverteilnetze.

### 3. Wettbewerbsfähigkeit der transformationsintensiven Industrien wiederherstellen

Im Rheinland wirtschaften sehr viele Unternehmen, die hinsichtlich der Entkopplung von Wertschöpfung und Emissionen besonders herausgefordert sind. Damit sie die Transformation am Standort Rheinland schaffen können, sind sie auf wettbewerbsfähige Standortbedingungen angewiesen. Dies erfordert:

- International wettbewerbsfähige Strompreise durch gezielte finanzielle Entlastung.
- Echte Technologieoffenheit bei der Gestaltung von klimaneutraler Wertschöpfung.
- Weiteren Abbau von regulatorischen Hemmnissen für Carbon-Capture-and-Storage-Lösungen, insbesondere pragmatische Ermöglichung von Transport und Speicherung.

### 4. Zukünftige Wertschöpfungspotentiale gezielt heben

Schon jetzt bricht im Rheinland dauerhaft Wertschöpfung weg. Entsprechende Rahmenbedingungen für unternehmerische Neuansiedelungen und neue Wertschöpfungspotentiale müssen daher jetzt geschaffen werden. Über eine proaktive Ausstattung von Flächen mit transformationsrelevanter Infrastruktur können private Investitionen gezielt angereizt werden. Hierzu bedarf es:

- Aufbau eines Infrastrukturfonds für ein „Weiße-Flecken-Programm“ zum proaktiven Ausbau von Infrastrukturen, wie etwa Teilabschnitte des Wasserstoffkernnetzes (Ergänzung zur bestehenden GRW-Förderung).
- Entbürokratisierungsmaßnahmen zur Beschleunigung von transformationsrelevanter Flächenerschließung als Projekte von überragendem öffentlichem Interesse.
- Förderung von Transferaktivitäten aus der insbesondere technisch geprägten Forschungs- und Hochschullandschaft in wirtschaftliche Anwendungsbereiche.

## 5. Bessere und auskömmliche Finanzierung und schnellere Realisierung von Verkehrs-Infrastrukturmaßnahmen

Als bevölkerungs- und logistikreiche Region ist das Rheinland auf eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, der Schiene und zu Wasser angewiesen. Damit die Sanierung maroder und der Neubau bedarfsgerechter Infrastrukturen gelingen kann, sind v.a. folgende Maßnahmen zwingend:

- Wirksame Planungsbeschleunigung, die z.B. einen Brücken-Ersatzneubau in deutlich weniger als zehn Jahren ermöglicht (Beispiel: Brücke bei Genua).
- Bereitstellung von auskömmlichen Mitteln über einen überjährigen Fonds für Verkehrs-Infrastrukturprojekte, der auch für Kommunen mit überregional bedeutsamen Brückenbauwerken nutzbar ist.
- Effizienterer Mitteleinsatz durch pragmatische und intelligente Lösungen bei der Infrastrukturertüchtigung.

## 6. ÖPNV durch mehr Regionalisierungs- und GVFG-Mittel stärken

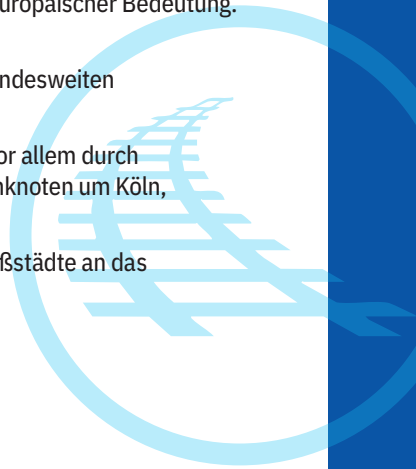
Die Finanzierung des ÖPNV ist absehbar nicht mehr leistbar. Schon heute summiert sich der kommunale Zuschussbedarf im Rheinland auf rund eine Milliarde Euro jährlich. Die Finanzierung des ÖPNV muss daher endlich auf ein dauerhaft tragfähiges Fundament gesetzt werden. Konkret bedarf es hierfür:

- Zusage zur Finanzierung des Deutschlandtickets über 2025 hinaus.
- Neuer Anlauf für den Ausbau- und Modernisierungspakt zwischen Bund und Ländern.
- Deutliche Erhöhung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) auf drei Milliarden Euro pro Jahr ab 2026 für Neu- und Ausbaumaßnahmen der Nahverkehrsinfrastruktur in den Kommunen.
- Verbesserung der verkehrlichen Anbindung von ländlichen und suburbanen Räumen (Deutschlandticket UND Deutschlandangebot)

## 7. Investitionsstau auf der Schiene auflösen

Das Rheinland braucht ein hochgradig funktionales Regional- und Fernnetz für den Personen- und Güterverkehr – auch grenzüberschreitend. Die Metropolregion Rheinland ist an der Schnittstelle gleich zweier europäischer TEN-T-Korridore ein besonderer Verkehrsknoten von europäischer Bedeutung. Daher bedarf es:

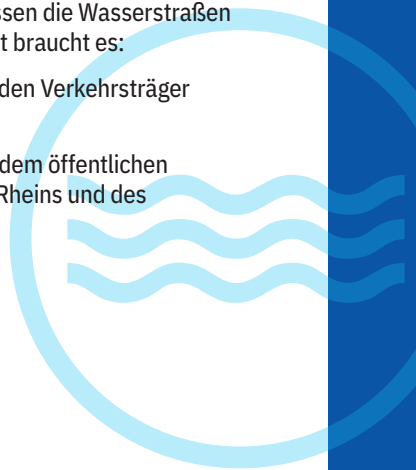
- einer TEN-T-Korridor-relevanten Priorisierung der bundesweiten Schienenausbauprojekte.
- Bessere regionale und überregionale Erschließung vor allem durch einen beschleunigten Ausbau der bedeutenden Bahnknoten um Köln, Düsseldorf und Aachen.
- Aufrechterhaltung der Anbindung auch kleinerer Großstädte an das Fernverkehrsnetz.



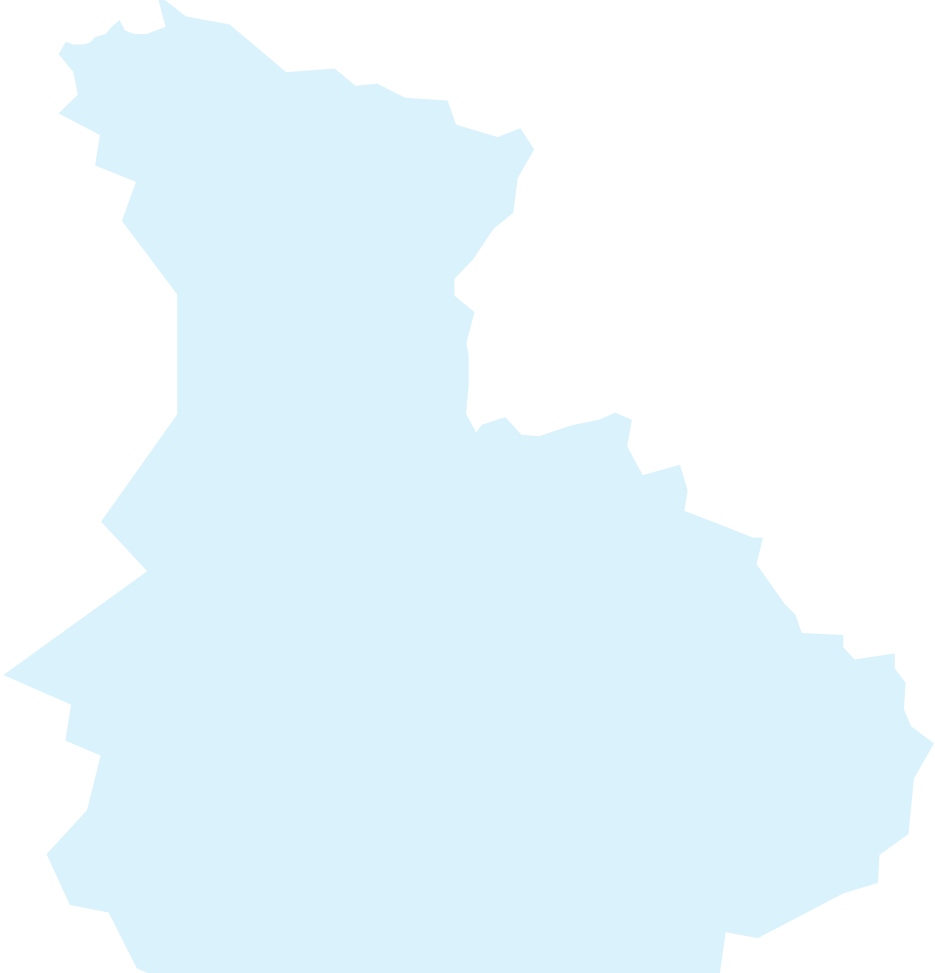
## 8. Vollumfängliche Planungsbeschleunigung auch für die Wasserstraße ermöglichen

Dem Rhein kommt eine hohe Bedeutung für nachhaltige Logistikverkehre, bei der Energiewende sowie bei der Entlastung der zumeist überlasteten Verkehrsträger Straße und Schiene im Rheinland zu. Daher müssen die Wasserstraßen in der Verkehrspolitik höher priorisiert werden. Konkret braucht es:

- Anpassung des Planungsbeschleunigungsgesetz für den Verkehrsträger Wasserstraße.
- Ausweitung des Status von Projekten mit ‚überragendem öffentlichen Interesse‘ für zentrale Baumaßnahmen entlang des Rheins und des Westdeutschen Kanalnetzes.



**GEMEINSAM BESSER  
METROPOLREGION  
RHEINLAND**



**Metropolregion Rheinland e.V.  
Ottoplatz 1  
50679 Köln**

**T. +49 (0) 221 989317-0  
F. +49 (0) 221 989317-101  
info@metropolregion-rheinland.de  
www.metropolregion-rheinland.de**